

Aktionen gegen prekäre Beschäftigung sind angelaufen

Mit ersten Aktionen haben DGB, verdi und vor allem die IG Metall den Druck gegen prekäre Beschäftigung aufgebaut. Über 200.000 MetalllerInnen aus 1360 Betrieben beteiligten sich am 24. Februar an betrieblichen Aktionen während der Arbeitszeit. Allein im Bezirk Baden-Württemberg waren es fast 100.000 Protestierende. Anlass war die erste Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzes zur Leiharbeit.

In der breiteren Öffentlichkeit ist das Problem der Diskriminierung durch Leiharbeit infolge der gewerkschaftlichen Aktivitäten mittlerweile angekommen – und stößt auf ebenso klare Ablehnung wie beispielsweise die Rente mit 67. Rund 80 Prozent der Deutschen befürworten einer von der IG Metall in Auftrag gegebenen Befragung zufolge die gesetzliche Gleichstellung von Leih- und Stammarbeitern. Ein erster Erfolg der gewerkschaftlichen Kampagne.

Nur noch 15 Prozent Festeinstellungen

Der Boom prekärer Beschäftigungsverhältnisse – wozu neben Leiharbeit u.a. Befristungen, Werkverträge und erzwungene Teilzeitarbeit zählen – konnte bisher allerdings noch nicht gestoppt werden. Bei der Leiharbeit ist das Vorkrisenniveau mit rund einer Million längst überschritten. Und bis 2015 wird sich die Zahl dieser Jobs laut Prognose der Zeitarbeitsverbände auf zwei Millionen verdoppeln. Nach der Krise erfolgten 42 Prozent der Neueinstellungen in Leiharbeit, 43 Prozent sind Befristungen und nur 15 Prozent Festeinstellungen. Ein Skandal!



Auszubildende protestieren am Aktionstag (24.2.2011) bei Daimler in Mettingen zusammen mit 1500 KollegInnen

Leih- und Zeitarbeit heißt Niedriglohn

Über dreiviertel der vollzeitbeschäftigten Leiharbeitsbeschäftigten erhalten einen Lohn von 1300 Euro brutto im Monat und liegen damit unter der gesetzlich definierten Niedriglohnschwelle. Das mittlere Einkommen einer Vollzeitkraft in der Zeitarbeit betrug 2009 gerade 1393 Euro im Monat brutto und inklusive aller Zuschläge und Jahresleistungen (Analyse der Bundesagentur für Arbeit). Weiter heißt es dort: die meisten Zeitarbeiter haben eine Ausbildung. Trotzdem verdienen sie oft weniger als unqualifizierte Festangestellte. Das mittlere Gehalt von Leiharbeitern liegt satte 900 Euro unter dem Einkommen von allen Beschäftigten ohne Berufsabschluss.

Prekäre Beschäftigung schwächt Kampfkraft

Insgesamt 50 Mrd. Euro Zuschuss haben die „Aufstockungszahlungen“ seit Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 die Steuerzahler gekostet – denn mittlerweile arbeiten fast 13 Millionen Beschäftigte im Niedriglohnbereich, 4,5 Millionen davon haben Vollzeitjobs. Für Unternehmen sind die prekären Beschäftigungsverhältnisse längst ein Schlüsselinstrument, nicht nur zur betriebswirtschaftlichen Kostensenkung, sondern auch zur Schwächung der Widerstandskraft aller Beschäftigten und der gesamten Gewerkschaftsbewegung und zum Umbau der Gesellschaft schlechthin geworden.

Gesellschaftspolitische Mobilisierung notwendig

In der Stahlbranche konnte die IG Metall einen Tarifvertrag durchsetzen, der die gleiche Bezahlung der dort eingesetzten Leiharbeiter festlegt. Ein erster Erfolg, auch wenn es sich dabei wegen deren begrenzter Zahl eher um einen symbolischen Erfolg handelte. Auch gibt es betriebliche Vereinbarungen, die Richtung Gleichstellung mit der Stammebelegschaft zielen oder zumindest eine Besserstellung als die Zeitarbeitstarifverträge vorsehen, Obergrenzen/Quoten für die Anzahl in Leiharbeit und Befristung festlegen oder Mitbestimmungsrechte beinhalten. Diese Ansätze sind gut und wichtig, doch sie helfen nicht, der immer weiter um sich greifenden Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse Einhalt zu gebieten.

Der Beschluss auf der Bundesfrauenkonferenz der IG Metall (24. bis 26. Februar) für die „Abschaffung aller prekären Arbeitsverhältnisse“ ist richtungsweisend, ebenso wie der beschlossene Antrag für einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro.

Dafür bedarf es einer gesellschaftspolitischen Mobilisierung in den Betrieben und darüber hinaus, mit der die Kräfteverhältnisse insgesamt zugunsten der abhängig Beschäftigten verschoben werden. Ein betrieblicher Aktionstag ist ein guter Anfang. Es muss weitergehen, sich qualitativ steigern unter Einbindung aller Gewerkschaften und Sozialbewegungen.

Christa Hourani, Sekretariat der Gewerkschaftslinken

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiana Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 1. März 2011

Fast täglich Warnstreiks bei Tarifrunden

Zur Zeit laufen in mehreren Branchen Tarifrunden (Länderbereich, Telekom, GDL, Redakteure...) und fast täglich finden Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen von Tausenden, z.T. Zehntausenden KollegInnen statt. Die Abschlüsse während der Krise waren gekennzeichnet durch Verzichtsmomente, niedrige Prozentwerte, lange Laufzeiten und Einmalzahlungen statt tabellenwirksamen Erhöhungen. Der Nachholbedarf ist deshalb groß und es ist höchste Zeit für merkliche Realloohnerhöhungen.

Erfreulich ist, dass in Forderungen soziale Komponenten eingeflossen sind. So z. B. für die 600.000 Tarifbeschäftigten der Länder eine Sockelforderung von 50 € plus 3 %, für die 50.000 Beschäftigten der Deutschen Telekom 6,5 %, mindestens 170 €. Von großer tarifpolitischer Bedeutung ist auch, dass für angestellte Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen eine einheitliche Eingruppierung gefordert wird. Die GDL fordert im Konflikt um einen Flächentarifvertrag eine einheitliche Entlohnung für alle Lokomotivführer auf dem Niveau der Deutschen Bahn AG. Außerdem verlangt sie einheitliche Standards bei Qualifizierung, Gesundheits- und Kündigungsschutz, sowie bei der sozialen Absicherung nach arbeitsbedingter Fahrdienstuntauglichkeit. Die von der DB verlangte Verlängerung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde ohne Lohnausgleich wird abgelehnt.

Bei den Tarifverhandlungen für die rund 14.000 Redakteure bei Tageszeitungen fordert der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger eine zweite Tarifebene für Neueingestellte. Sie sollen zu deutlich schlechteren Bedingungen und weniger Geld arbeiten – Absenkungen um mindestens ein Viertel gegenüber dem bisherigen Standard wird von den Arbeitgebern gefordert. Der Deutsche Journalistenverband und verdi lehnen diese Spaltung ab und es gab bereits etliche Protestaktionen.

Diese Beispiele zeigen, dass auch qualitative Forderungen, nicht nur Lohnprozente, eine Rolle spielen, Vereinheitlichung angestrebt wird und damit der weiteren Spaltung der Belegschaften entgegen getreten wird.

Tarifrunde im Länderbereich

Begonnen hatte die Diskussion über die kommende Tarifrunde bereits im November auf betrieblicher Ebene. Im Dezember dann wurden im ver.di Bezirk Stuttgart und in Baden-Württemberg die Forderungen für die anstehende Tarifrunde diskutiert und beschlossen.

Einhellig war die Meinung, dass wir dringend eine kräftige Lohnerhöhung brauchen. Zum einen weil Deutschland schon seit Jahren bei den Einkommenszuwächsen am Ende der Skala in Europa ist (negative Reallohnentwicklung) und so das deutsche Kapital andere Länder mit Exportüberschüssen nieder konkurriert. Zum anderen ist der öffentliche Dienst, und besonders der Länderbereich, in den letzten Jahren nicht gerade durch erfolgreiche Tarifrunden aufgefallen. Die Absenkungstarifverträge TVöD und TVL taten ein Übriges. Diese Aspekte flossen in die Forderungsdiskussion ein. Als wichtig wurde auch gesehen, dass wir unbedingt wieder mit den KollegInnen der Kommunen zumindest zeitgleiche Tarifrunden brauchen. Deshalb soll die Laufzeit 14 Monate betragen. Einmütig wurde auch diskutiert, dass wir einen Sockelbetrag fordern müssen, damit die Schere zwischen den oberen und den unteren Entgeltgruppen nicht immer weiter auseinander geht. (Besser wäre natürlich eine Festgeldforderung). So einigte man sich dann in Stuttgart auf die Forderung 100,- € Sockelbetrag und 3%. Auf Landesebene wurde beschlossen 100,-€ und 4% zu fordern. Auf Bundesebene zeigte sich dann, dass die südlichen Bundesländer in ihren Forderungen relativ hoch lagen. Viele KollegInnen in

anderen Bundesländern und der Bundestarifkommission lassen sich von den maroden Haushalten und dem Jammern der Arbeitgeber über leere öffentliche Kassen beeindrucken. Diese Schere im Kopf gilt es zu überwinden. Wir, die Beschäftigten, sind nicht verantwortlich für eine verfehlte Steuerpolitik der vergangenen Jahre, wo den Vermögenden und den großen Kapitalgesellschaften immer mehr geschenkt wurde. Doch ein anderes Problem ist natürlich der geringe Organisationsgrad im Länderbereich, der einen flächendeckenden Erzwingungsstreik schwer macht. Doch es zwingt uns auch nichts einem frühen, schlechten Abschluss einfach zuzustimmen. Es gibt in diesem Jahr einige Landtagswahlen, wo der politische Druck mit Sicherheit größer ist (nicht umsonst hat Mappus seinen Beamten bereits jetzt 2% geschenkt). Solange wir im tariflosen Zustand sind könnten wir das Mittel des Streiks uneingeschränkt nutzen, immer wenn es uns als günstig erscheint. Aber vor einer solchen Unberechenbarkeit haben wohl unsere Gewerkschaftsführungen Angst.

Die Forderung für diese Tarifrunde:

- 50,- € Sockel und 3%
- Laufzeit 14 Monate
- Übernahme aller Azubi für mindestens 24 Monate
- Mitgliedervorteilsregelung
- Altersteilzeit in landesbezirklichen Tarifverträgen

Tarifergebnis VW: Mäßiger Abschluss

Mit einer reinen Lohnforderung von 6 % bei 12 Monaten Laufzeit war die IG Metall in die Tarifrunde für die 6 Werke der Volkswagen AG und die VW-Finanzsparte mit insgesamt knapp 100.000 KollegInnen gegangen. Aus einigen Werken hatte es durchaus höhere Forderungen bis 8% gegeben. In der 3. Verhandlungsrunde am 8.2. kam es noch vor Ende der Friedenspflicht (28.2.) zu einem Abschluss: Die Entgelte steigen zum 1. Mai 2011 um 3,2 Prozent. Zusätzlich erhalten die Beschäftigten 2011 für die Monate Februar bis einschließlich April 1 Prozent ihres

Jahresentgeltes - mindestens jedoch 500 Euro – ausbezahlt. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von insgesamt 16 Monaten und endet zum 31. Mai 2012.

Angesichts der glänzenden Gewinnsituation von VW hatten viele KollegInnen wenigstens mit „einer vier vor dem Komma“ gerechnet. Zwar gab es schon Anfang 2010 bereits eine Erhöhung um 4,2%, aber davor lagen viele Runden mit Verzicht „um die Wettbewerbsfähigkeit“ zu retten. Die einschneidendste für die Beschäftigten war sicherlich die

unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit in 2006. Zum einen, weil sie die Absenkung der Entgelte fast auf Flächenniveau bedeutete, zum anderen, weil sie mit ungeheurer Mehrarbeit verbunden war. Die ohnehin schon hohe Belastung der Beschäftigten wurde durch Nachleistungsschichten noch verschärft. In 2010 hat die VW AG einen absoluten Produktionsrekord von 4,5 Millionen PKW aufgestellt, der Konzern hat mit 7,14 Millionen Fahrzeugen ebenfalls einen Rekord erzielt. Im Vergleich mit 6,29 Millionen Fahrzeugen im Jahr 2009 ist das ein Plus von 13,5 %. Das Mehrarbeitsniveau ist zur Zeit weiterhin so hoch, dass „einer vier vor dem Komma“ mehr als gerechtfertigt erschien.

Bei dieser Produktionsauslastung an der Obergrenze war die Unternehmensseite sichtlich bemüht, vor Warnstreiks oder gar Erzwingungsstreiks zu einem Abschluss zu kommen. Arbeitsdirektor Neumann hatte bereits in einem Handelsblatt-Interview im Dezember mit vergleichsweise hohen Einmalzahlungen als Ergebnisbeteiligung gelockt, um eine hohe tabellenwirksame Lohnsteigerung zu

vermeiden. In der 2. Verhandlungsrunde wurden dann von VW 2,9 % nach 4 Monaten mit einer Einmalzahlung bei einer Laufzeit von 23 Monaten angeboten. Mit dieser Taktik haben die VW-Manager nun zumindest teilweise Erfolg gehabt. Mit einer Einmalzahlung für drei Monate und einer Erhöhung von 3,2 % ab 1.Mai bei 16 Monaten Laufzeit ist das Ergebnis nicht sehr weit von ihrem Angebot entfernt.

Für die VW-Beschäftigten wird der mäßige Abschluss durch die im Mai fällige Bonuszahlung und die rückwirkende Auszahlung der leistungsorientierten Vergütung (LOV, zwischen 80 € und 120 € pro Monat und Beschäftigter) versüßt. Das gilt aber nicht für die Beschäftigten der VW-Töchter Wolfsburg AG, Autovision und Autostadt. Auf die wird lediglich die prozentuale Erhöhung übertragen. Den Kolleginnen und Kollegen, von denen etliche noch immer mit Hartz IV aufstocken müssen, ist mit Einmalzahlungen überhaupt nicht geholfen.

Alfred Hartung, Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken, Wolfsburg

Lobbyismus und die Zukunft der Pflegeversicherung

Den Kampf gegen das neue Pflegeversicherungskonzept von Regierung und Kapital verstärken!

Das Konzept einer neuen Pflegeversicherung knüpft nahtlos an die Machenschaften der ehemaligen Rot-Grünen-Regierung an, als diese die Privatisierung der Rentenversicherung (Riester-Rente) beschloss und umsetzte. Damals mit der Riester-Rente, heute mit der für alle ArbeitnehmerInnen geplanten verpflichtenden privaten Vorsorge für den Pflegefall, soll Finanzdienstleistern und Versicherungswirtschaft ein weiterer Milliardenmarkt eröffnet werden.

Die Formel ist einfach: angeblich seien die Kassen der bisherigen gesetzlichen Pflegeversicherung schon dermaßen belastet, dass eine (zusätzliche?) private Pflegeversicherung unabdingbar sei.

Ohne hier auf die Details des neuen Pflegeversicherungskonzeptes eingehen zu wollen, sei hier auf eine bemerkenswerte Dokumentation der ARD-Sendung „Exklusiv“ von 12.01.2011 (nachzusehen in der ARD-Mediathek unter: „Der Drückerkönig und die Politik“) hingewiesen.

Darin wird anhand der Rolle des dubiosen Gründers des AWD-Versicherungskonzerns, Carsten Maschmeyer, der ab Mitte der 90er Jahren tausende Kleinanleger um Millionen Mark / EURO prellte und damit seine ersten Millionen scheffelte, die Mechanismen des bundesrepublikanischen Lobbyismus einmal mehr offengelegt! Denn, heute ist C. Maschmeyer ein Liebling der politischen Elite über alle Parteigrenzen hinweg. Nach Verkauf der AWD betreibt der umtriebige „Mäzen“, „Freund der Mächtigen“, „Kulturförderer“ C.Maschmeyer mit dem uns wohlbekannteren „Wissenschaftler“ und Regierungsberater Herrn B.Rürup eine gemeinsame Finanzberatungs-A.G. in Hannover.

Dem AWD Konzern bzw. Maschmeyer gelang schon vor dem Verkauf der AWD, verschiedene ehemalige und noch Politiker, wie Bundeskanzler a.d G.Schröder, Bundesfinanzminister a.d. Walter Riester, den amtierenden Bundespräsidenten Christian Wulff und viele andere hoch prominenten Politiker aus der aktuellen Regierung, im Rahmen der Vermarktung der Riester-Rente, für seinen Konzern einzuspannen.

Wem die Privatisierung der Rentenversicherung und in Zukunft der Pflegeversicherung am meisten dient, wird in diesem ARD-Beitrag schonungslos dargelegt.

Am Ende des ARD Beitrags wird kurz die heutige Familienministerin Christina Schröder interviewt. Sie wird nach der „Neutralität“ des Herrn Rürup bei der Beratung zu

ihrem neuen Pflegeversicherungskonzeptes befragt. Rürup trat pikanterweise schon früher auch mit dem Ex-Arbeitsminister W. Riester auf AWD Veranstaltungen zur Vermarktung der Riester-Rente auf. Riester wiederum ist alleine 2008 bei 20 Beratungsveranstaltungen der privaten Versicherungswirtschaft (u.a. auch bei der AWD) mit Beratung für die Riester-Rente aufgetreten. Pro Veranstaltung kassierte er mal eben 7.000 €! Er leugnet seine Rolle, „Türöffner“ für die Versicherungswirtschaft zu spielen. Er „mache nie Werbung“ für die Konzerne, wenn er auftritt. Merkwürdigerweise kann aber die ARD-Sendung ihm dann doch Auftritte vor AWD Logos, in trauter Eintracht mit Maschmeyer und auch AWD-Empfehlungen für die Riester-Rente mit seinem Foto darauf für Kunden, nachweisen.

Langer Rede, kurzer Sinn:

Der ARD-Beitrag eignet sich ausgezeichnet für die Aufklärungsarbeit über die wirklichen Profiteure bei Privatisierung der Rentenversicherung, wie auch zur verstärkten Sensibilisierung und Mobilisierung der gewerkschaftlichen Basis, gegen die geplante Privatisierung der gesetzlichen Pflegeversicherung. Wir sollten dazu beitragen, dass der DGB, wenn es denn zu eine solchen Gesetzgebung kommen würde, nicht mehr wie bei der Privatisierung der Rentenversicherung ein paar laue Proteste ablässt, sondern gezwungen würde diese weitere Belastung der ArbeiterInnen endlich mal entschieden, mit dem Ziel der Verhinderung eines solche Gesetzes, entgegentritt.

Im Rahmen des ARD-Beitrags kommt die Rolle ehemals führende Sozialdemokraten bei diesen Machenschaften nicht zu kurz. Quasi zum SPD-Abgewöhnen.

Also unbedingt anschauen, und mit Einverständnis der ARD auf gewerkschaftliche Veranstaltungen einsetzen!

Christian Boissevain, Münchner Gewerkschaftslinken

Widerstand gegen die Krisenpolitik weiterhin angesagt

Der Ausbruch der offenen Bankenkrise im Herbst 2008 hatte in der allgemeinen Öffentlichkeit einen richtigen Schock bewirkt. Aber die nachfolgende Politik war an keiner Stelle gezwungen, von neoliberalen Rezepten Abstand zu nehmen, denn: Das deutsche Exportkapital hatte aufgrund der vorangegangenen Politik der Reallohnsenkung und des Sozialabbaus so viele Konkurrenzvorteile angehäuft, dass es weit besser als andere Konkurrenten die Krise durchstehen konnte (ja in vielen Fällen sogar seine Konkurrenzposition noch verbessern konnte). Zweitens hat die Regierung Dutzende von Milliarden Euro Staatshilfen (hauptsächlich für marode Banken) aus Steuermitteln ausgegeben, so dass die Verluste des Kapitals begrenzt blieben. Und drittens gab es keinen größeren Widerstand gegen diese Politik.

Kein Ende der Krise

Inzwischen brummt die Exportindustrie ähnlich stark wie im Boomjahr 2008 und die Politik will uns glauben machen, dass die Krise vorbei sei. Die grundlegenden Widersprüche – nämlich die mangelnden Kapitalverwertungsmöglichkeiten –, die zum offenen Ausbruch der Krise geführt haben, sind gerade nicht gelöst. Hinzugekommen ist eine Verschärfung der Schuldenkrise öffentlicher Haushalte, nicht zuletzt hervorgerufen durch die Steuergeschenke für Unternehmen und Reiche. Die beschlossene Schuldenbremse bewirkt, dass bei anhaltender öffentlicher Finanznot Ausgaben für öffentliche Investitionen oder zur Stützung sozialer Sicherungssysteme ohne umständliche Begründung abgelehnt werden können (man sei ja „dazu gezwungen“). Das wird breite Schichten treffen, ganz besonders die Bedürftigen.

So schreitet der Sozialabbau voran (Rentenkürzungen, Gesundheitsreform usw.) und die Tendenz zur prekären Beschäftigung erlebt gerade jetzt einen enormen Aufschwung. Gerade die Leiharbeit (Anfang 2011 sind es schon mehr als 922.000) und andere Formen der ungeschützten Beschäftigung und der Niedriglöhne nehmen zu, trotz aller öffentlicher Bekundungen.

Die Kampagne der Gewerkschaftsführungen (so z. B. für den Aktionstag 24. Februar) nimmt sich deswegen so hilflos aus, weil sie politisch unglaubwürdig ist. Wie will man sich für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ einsetzen, wenn man gleichzeitig seine Unterschrift unter die Tarifverträge zur Leiharbeit (mit wirklichen Armutslöhnen) gesetzt hat, ohne die das Unterlaufen der EU-Richtlinie „equal pay and equal treatment“ gar nicht möglich wäre. (Die Ausreden mit den „Christlichen“ zieht nicht mehr, denn diese haben ja gerade ihren Gewerkschaftscharakter aberkannt bekommen).

Keine Massenkampagne in Sicht

Gegen die öffentliche Sparpolitik, gegen Arbeitsplatzabbau, gegen Billiglöhne und prekäre Beschäftigung könnten, ja müssten die KollegInnen sich massenhaft wehren. Aber wir sind heute meilenweit von einer (mehr oder weniger selbstständig) von unten organisierten und in Gang gesetzten Bewegung entfernt. Bis der aktuell in der arabischen Welt um sich greifende Funke massenhafter Selbstaktivität zu uns überspringt, müssen wir wohl noch eine Weile warten. Den Widerstand organisieren könnten heute am ehesten die Gewerkschaften. Aber die Politik der Gewerkschaftsführungen ist viel zu angepasst, als dass wir hier realistisch eine aktive Gegenwehr erwarten könnten.

So haben auch die anderen Kräfte zurzeit keine günstigen Anknüpfungspunkte, um eine Kampagne der Gegenwehr zu fördern. Beim Treffen der Bundeskoordination Krisenproteste („Wir zahlen nicht für eure Krise“ www.kapitalismuskrise.org) am 11. Februar wurde deshalb beschlossen, zunächst keine bundesweite Mobilisierung anzusetzen, sondern noch vor der Sommerpause einen Beratungskongress durchzuführen, der zwei Ziele verfolgen soll: Den Nachdenkprozess zu fördern, aber gleichzeitig

aktionsorientiert zu sein. Dabei soll versucht werden, ein breites inhaltliches Bündnis zu schmieden, das die künftige Organisation praktischer Schritte erleichtern soll. Ziel ist also nicht das Meditieren, sondern die inhaltliche Wappnung, um gemeinsame Mobilisierungen zu erleichtern. Was dann im zweiten Halbjahr an praktischen Schritten folgen kann, ist heute noch nicht absehbar.

Zurzeit steht noch nicht fest, ob es zu einem oder zu zwei (parallelen) Kongressen oder Konferenzen kommen wird (einer im Süden und einer im Norden). Fest steht allerdings schon, dass eine Konferenz in Stuttgart stattfinden wird (voraussichtlich am 8./9. Juli). In Stuttgart ist die Planung schon am weitesten vorangeschritten. Details werden noch im März festgezurret und bekannt gegeben. Mitte März wird klar sein, ob es neben Stuttgart noch eine „Nordkonferenz“ geben wird. Fest steht aber schon eine kleinere, eher „lokale“ Konferenz in Berlin. Arbeitstitel: „Wo kommt die internationale Krise her und wie damit umgehen?“

Jakob Schäfer, Forum gewerkschaftliche Gegenmacht – Wiesbaden, Arbeitsausschuss Gewerkschaftslinker

Verhöhnung der Hartz IV-BezieherInnen

Die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze um 5 €, und um weitere 3 € im nächsten Jahr ist eine Verhöhnung, Demütigung und Erniedrigung der BezieherInnen und ein Schlag mitten ins Gesicht der Betroffenen. Die entscheidende Forderung des Bundesverfassungsgerichts, den Hartz-IV-BezieherInnen ein „menschenwürdiges Existenzminimum“ zu gewähren, wurde nicht erfüllt, sondern einfach ignoriert. Wieder entsprangen die von der Regierungskoalition getroffenen Entscheidungen reiner Willkür und waren der Haushaltslage angepasst, hatten aber mit der Lebenswirklichkeit der Armen nicht das Geringste zu tun. So strich man den Hartz-IV-EmpfängerInnen die ihnen bisher für Tabakwaren und alkoholische Getränke zugestandenen 19,10 € pro Monat mit der Begründung, diese Güter gehörten nicht zum Grundbedarf. Hierdurch sinkt der Lebensstandard der Betroffenen und wächst die Gefahr ihrer sozialen Ausgrenzung weiter.

Korrigiert werden sollte nach dem BVerfG-Urteil auch, dass Kinder mit Prozentsätzen des Erwachsenenregelsatzes abgefunden wurden. Das BVerfG erkannte im Unterschied zur Bundesregierung explizit an, dass Kinder keine Erwachsenen „im Miniformat“ sind, sondern spezifische Bedarfe haben. Kinder wachsen eben noch, weshalb sie häufiger Kleidung und neue Schuhe brauchen. Durch das beschlossene Bildungspaket werden Kinder stigmatisiert und gedemütigt. Außerdem ist es eine Mogelpackung. Das 250 €-Paket beinhaltet 100 € Schulbedarf (was es auch vorher schon gab) und 30 € für Klassenfahrten u.ä., was bisher im Regelsatz mitenthalten war. So bleiben gerade mal 10 € mehr pro Monat übrig. Was ist das schon?